

FORUM FREIHEIT

Berlin am 26. Oktober 2017

Thesen Gerd Habermann

Soziale Sicherheit und Freiheit

1. Mit sozialer Sicherheit ist hier die Staatsversorgung in ihren verschiedenen Varianten gemeint: von Bismarcks Errungenschaften bis zum gesetzlichen Mindestlohn, dem Kündigungsschutz oder steuerfinanzierten Familienersatzeinrichtungen. Die Versorgung durch den Staat als Rechtsanspruch wird als eine Form der Freiheit angesehen: als „Freiheit von Not“.
2. Die Rückseite dieser Freiheit ist leider der Zwang. Zunächst der Beitrittszwang zu den staatlichen Versorgungssystemen: ein bestimmtes Versorgungsschema im Alter, bei Krankheit, Unfall usw. wird ohne Wahlmöglichkeiten oktroyiert und dies auch noch mit Umverteilungsabsichten verbunden („Soziale Gerechtigkeit“), zudem mit täuschender Terminologie („Versicherung“).
3. Nach dieser Logik ist der freie Fuchs im Wald unfrei, da für seine Versorgung selbstverantwortlich und Risiken ausgesetzt, der Hofhund an der Kette frei. Die Freiheit des gutgenährten Sklaven.
4. Die Konsequenzen dieser „materialen“ Freiheit sind ökonomisch und mentalitätsmäßig von großer Tragweite: der „Ein-Drittel-Netto-Staat“ und der Steuerzahlergedenktag Mitte Juli. Mentalitätsmäßig kommt es zum Verlust des Gefühls für Eigenverantwortlichkeit und Risikobereitschaft. Anspruchsmentalität, Rentnermentalität gegen den Staat greift um sich.
5. Eine exotische Sumpflüte aus diesem Umfeld ist das Bedingungslose Grundeinkommen, also das universalisierte Staatsrentnertum, von Kindesbeinen an.
6. Wenn die Bürger nicht mehr für ihr Privatleben - die stinknormalen Risiken jeden Lebens - selber verantwortlich sind, bleiben ihnen auch gewisse Elementarerfahrungen und Risikoerlebnisse erspart, das heißt sie verdummen, man macht sie hilflos, mit ihren eigenen Mitteln vom Staat abhängig.
7. Der Rechtsanspruch an Staatsleistungen ist ein Zwang gegen die Mitmenschen, diese zu organisieren. Der Staat ist keine Kuh, die im Himmel gefüttert, auf Erden nur gemolken zu werden braucht.
8. Nicht nur die liberale Freiheit ist mit einem ausgebauten Sozialleistungsstaat unvereinbar, auf Dauer ist es auch die Demokratie: Wieso soll man jemandem, der für unfähig gehalten wird, sein Leben selber zu managen, noch das Wahlrecht für die Auslese der politischen Führung anvertrauen oder die Direktentscheidung in Sachfragen?

9. Man sollte den Sozialstaat für offenkundig hilflos unterscheiden vom Wohlfahrtsstaat, der sich an alle wendet und somit alle abhängig macht, man könnte auch sagen: korrumpiert.
10. Die Programme zur letzten Bundestagswahl zeigten überwiegend Exzesse an Anspruchsdenken: Alles Gute für alle und sofort. Aber die Basis unseres Wohlstandes ist die Marktwirtschaft und Produktion, nicht die Umverteilung.
11. Auf Dauer wird eine Umkehr in Richtung Selbstverantwortung unvermeidlich sein, nur eine Frage der Zeit, da diese Systeme einen Hang zur Selbstzerstörung haben (Kapital, sogar das biologische, Schwächung der Moral: ein Wettbewerb aller darin, auf Kosten aller anderen zu leben hat keine gute Zukunft).
12. Es gilt, anziehende Bilder und Modelle und eine entsprechende Sprache für nicht nur eine milde Reform, sondern einen kompletten Umbau des Bismarck-Systems zu entwerfen. Vorbilder im Ausland: die Thatcher-Ära, „New Labour“, Neuseeland, Erhard. Die Liberalen haben die Logik der Dinge auf ihrer Seite: das stimmt mich zuversichtlich.